Pressemitteilung  -  bei Gebrauch rot markierte Textpassagen bitte lokalisieren!

**Zum ersten Mal in Dorfhausen:**

**Ein Viertel der Stadtratsmitglieder verlangt vom OB/BGM eine Klimaschutz-Sondersitzung des Stadtratsplenums**

**ÖDP und XY-Partei wollen das Tempo erhöhen: „Alles dauert viel zu lange!“ - Aufruf zur Demo am 25. September**

Der gesamte Stadtrat soll in den nächsten zwei Wochen zu einer Klimaschutz-Sondersitzung zusammentreten. Das verlangen die Stadträtinnen und Stadträte der ÖDP und **der XY-Partei**. Die Ratsmitglieder monieren, „dass naheliegende und entscheidungsreife Klimaschutzmaßnahmen nicht umgesetzt, sondern auf die lange Bank geschoben werden“. Um ihre Vorschläge voranzubringen, greifen die beiden Fraktionen zu einem Instrument, das **in Dorfhausen** noch nie angewandt wurde.

Die **Gemeindeordnung in Bundesland XY sieht in Art. XY** ausdrücklich vor, dass nicht nur der **OB /BGM** Sitzungen des Gesamtstadtrates einberufen kann, sondern dass dies auch auf Verlangen eines Viertels der Ratsmitglieder erfolgen muss. Diese Sitzung muss dann nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb von 14 Tagen stattfinden. Gleichzeitig rufen ÖDP und **XY-Partei** alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Klimaschutzdemos von Fridays for Future am 25. September zu beteiligen. **Treffpunkt: … um … in …**  „Wir beantragen die Klimaschutz-Sondersitzung im Stadtrat auch deshalb, weil die Jugend völlig zu Recht Druck macht. Alles dauert viel zu lange“, kritisiert … (ÖDP). „Die Wissenschaft ist sich einig, dass wir uns beim Klimaschutz in einem Wettlauf mit der Zeit befinden. Auch die Kommunen sind dabei gefordert, aber bei uns in **Dorfhausen** dauert alles viel zu lang und Fortschritte im Klimaschutz lassen auf sich warten“, monieren die **Fraktionsvorsitzenden/Ratsmitglieder** …. (ÖDP) und … **(XY-Partei**).

Im Stadtrat wollen **die beiden Fraktionen** „den Stellenwert des Klimaschutzes und die Notwendigkeit schnellen Handelns grundsätzlich diskutieren und über ein Paket sofort umsetzbarer Maßnahmen abstimmen lassen“. Die **beiden Parteien** betonen, dass sie die gründliche Erstellung von Klimaschutzkonzepten „selbstverständlich unterstützen“. „Das darf aber nicht dazu führen, dass alles Naheliegende in einer Gutachten-Warteschleife landet. Jetzt muss etwas passieren, nicht irgendwann! Wir sehen uns in einem Wettlauf mit der Zeit und verlangen eine grundsätzliche Aussprache über den Stellenwert des Klimaschutzes in der Stadt **Dorfhausen**“, so die Fraktionssprecher **X und Y.**

Darüber hinaus wollen **die beiden Fraktionen** über folgende Punkte abstimmen lassen:

* Die Wälder in **Dorfhausen** sollen künftig nicht mehr für weitere Gewerbegebiete gerodet werden, weil sie eine enorme Bedeutung für das Wohlbefinden in der Stadt haben und wie eine „Klimaanlage“ wirken. Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, einen Plan zu erarbeiten, wie die positiven Auswirkungen des Waldes am Stadtrand durch Straßenalleen, Baumbestände und großkronige Einzelbäume in die Stadt hinein fortgesetzt werden können. Mit der Neuanpflanzung von Bäumen im öffentlichen Raum soll die Luft und das Stadtklima verbessert werden. Das bestehende Stadtgrün soll erhalten, erweitert und vernetzt, bislang baumlose Straßenzüge soweit möglich begrünt werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden, diesbezüglich eine mögliche Unterstützung durch staatliche Förderprogramme zu prüfen.
* Photovoltaik soll kulturlandschaftsverträglich und denkmalverträglich ausgebaut werden, insbesondere auf stadteigenen Dächern.

* Die Stadtwerke **(sofern vorhanden)** sollen beauftragt werden, einen Stufenplan vorzulegen, wie sie bis zum Jahr 2030 aus dem Bezug von Kohlestrom aussteigen können - **„wie etwa vom bayerischen Ministerpräsident Söder empfohlen“**.
* Die Stadt soll eine Beratungsoffensive für umweltfreundlichere Heizungen und Energieeinsparung im privaten Konsum starten und hierzu lokale Anreize entwickeln.
* Die Stadtverwaltung selbst und die stadteigenen Betriebe sollen bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden.
* Soweit die Stadt über städtebauliche Verträge, Grundstückskaufverträge und Erbbaurechtsverträge über eine entsprechende Handhabe verfügt, soll für Neubauten klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert werden.
* Und schließlich soll der **Umweltausschuss** künftig häufiger, mindestens alle zwei Monate, tagen und einen Bericht über den Stand des bereits Erreichten erhalten.

„Bei all diesen vorgeschlagenen Maßnahmen handelt es sich um noch nicht abschließend aufgelistete Sofortmaßnahmen, die unverzüglich angepackt werden müssen. Sie nochmals aufzuschieben, bis ein großes Klimaschutzkonzept vorliegt, ist weder notwendig noch sinnvoll. Wenn man den Klimaschutz ernst nimmt, dann muss neben der konzeptionellen Arbeit das Naheliegende auch sofort erledigt werden. Wir wollen, dass endlich und schnell etwas weitergeht. Mit dem bisherigen Schneckentempo kommen wir zu spät“, monieren **X und Y.**